

ULRIKE GUÉROT

Ein radikaler Neuanfang für ein weltoffenes Europa¹

In seinem Essay »Europadämmerung« stellt sich der politisch Intellektuelle Ivan Krastev die Frage, ob wir gegenwärtig in Europa einen vergleichbaren Zerfallsaugenblick erleben, wie einst den des multiethnischen Großreiches der Habsburger oder der Sowjetunion. Dabei formuliert er treffend: »Das Ende ist sowohl unvermeidlich als auch unbeabsichtigt.« In Bezugnahme auf den Roman Josef Roths, »Radetzky marsch«, stellt er fest, dass politische und kulturelle Artefakte, wenn sie denn verschwinden, dies abrupt tun. Das Ende sei die natürliche Folge struktureller Mängel und eine unbeabsichtigte Folge eines schlafwandlerischen Vorgangs, ein besonderer Augenblick mit ganz eigener Dynamik. (Vgl. Krastev 2017) Berechtigterweise ist die Frage zu stellen, ob wir uns nicht gerade auf eine solche Zeitenwende zubewegen und wie Stefan Zweig einmal schrieb, den Zeitgenossen aber es nicht vergönnt sei zu erkennen, in welchem historischen Moment sie sich gerade befinden.

Ein nüchterner Blick auf Europa am Jahresende 2017

Tatsächlich ist die *Europäische Union* (EU) tief gefallen. Im letzten Jahr genoss sie nur noch das Vertrauen von rund 47 Prozent aller Europäer*innen, auch wenn die Zahlen jetzt angesichts des Brexit-Debakels, das wie eine schmutzige europäische *reality show* daherkommt, wieder leicht nach oben gehen, interessanterweise auch in Staaten wie etwa Ungarn. Doch für ein großes politisches Projekt, gar für eine Neugründung Europas à la Emmanuel Macron ist eine derartig niedrige Unterstützung in der Bevölkerung in weiten Teilen der EU eindeutig zu wenig. Die große Erosion der europäischen Idee hat eindeutig tiefe Spuren auf dem Kontinent hinterlassen. Die Parteiensysteme in den meisten Mitgliedsstaaten der EU

1 Grundlage dieses Beitrages ist der am 15. Juni 2017 auf dem 9. Kulturpolitischen Bundeskongress »Welt. Kultur. Politik. Kulturpolitik und Globalisierung« gehaltene Vortrag im Panel 2 »Lob der Grenzen – Kritik der Grenzen«.

sind nicht zuletzt im Zuge der Eurokrise kollabiert, die europäischen Sozialdemokrat*innen sind von der Bildfläche verschwunden, die europäische Linke ist in allen EU-Mitgliedsstaaten zutiefst gespalten und das politische Vakuum wird von nationalistischen Parteien gefüllt, die sich in Europa zu einer Art »identitären Internationale« von Geert Wilders über Marine Le Pen, der polnischen *PiS*-Partei bis hin zur ungarischen *FIDES*-Partei, den *Wahren Finnen* oder der österreichischen *FPÖ* zusammengefunden haben. Diese Parteien sind alle gut organisiert, haben große Wählerschaften hinter sich und auch finanziell offensichtlich ausreichend Förderer. Diese nationalen Parteien verfolgen nicht von ungefähr de facto oft eine soziale Politik, zum Beispiel in Polen, und sind daher insbesondere zur Bedrohung linker Parteien geworden. Wo einerseits die Rechts-Links-Polarisierung zugenommen hat, steht auf der anderen Seite eine bürgerliche Mitte, die sich gegen diesen Schub von Populismus wehrt. Hinter Macrons erfolgreichem Wahlsieg mit dem Slogan »*Ni Droite, ni Gauche*« steht strukturell die gleiche Krise der politischen Repräsentation, die in Deutschland um die Jahreswende 2017/2018 dazu führt, dass keine vernünftige Koalition zustande kommt.

Vergleiche hinken: Europa zwischen Weimarisierung und Postdemokratie

Jede Epoche ist unmittelbar zu Gott, schrieb Leopold von Ranke (vgl. Ranke 1971: 60). Insofern wiederholt sich die europäische Geschichte von 1914 bis 1945 nicht. Nichts von damals lässt sich ernsthaft mit der heutigen Situation in der EU vergleichen, weder die gesellschaftliche, noch die wirtschaftliche oder politische Struktur, auch nicht der historische oder globale Kontext. Und doch gibt es Parallelen zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts: eine rasante technologische Beschleunigung – was heute Internet und Roboter sind, waren damals Telegraphenmast und Flugzeug – und eine wachsende Zahl von Modernisierungsverlierer*innen – damals die Masse der Landarbeiter*innen und von der Industrie verdrängten Handwerker*innen, heute die unqualifizierten und prekären Arbeitnehmer*innen. Und nicht zuletzt eine *Krise der Männlichkeit*: Was damals die erste Demontage des Patriarchats durch das Frauenwahlrecht war, ist heute die Forderung nach 40 Prozent Frauen in den Vorständen (vgl. Blom 2009). *Männlich* ist nach *Bildung* der zweitwichtigste Faktor bei rechtspopulistischen Voten (vgl. Foa/Mounk 2017). In seinem Buch »Männerphantasien« beschrieb Klaus Theweleit schon in den 1970er Jahren anschaulich, dass Nationalismus, Militarismus und Faschismus nicht zuletzt eine Reaktion auf die erste Frauenbewegung waren (vgl. Theweleit 1977). Auch heute geht es, vor allem bei jungen Männern, vornehmlich um Sicherheit und nationalen Rückzug, gepaart mit dem Wunsch nach starker Führung. Auch in Europa und Deutschland steigt einigen Studien zufolge die Zahl derer, die nicht mehr der Überzeugung sind, dass die Demokratie die beste Staatsform ist. Wenn Zukunft ist, was die Jugend will, dann ist es nicht gut um die Demokratie in Europa bestellt. Fakt ist, dass Europa wieder einen Modernisierungsschub durchläuft, ähnlich dem vor rund einhundert Jahren, und die Frage ist, ob die europäischen

Gesellschaften diesen diesmal miteinander – durch einen europäischen Gesellschaftsvertrag – oder wieder gegeneinander auflösen. Und welches politische System in Europa sie sich dafür geben. Die Pfadabhängigkeit des derzeitigen Systems produziert über den europäischen Rat systemisch nationale Lösungen. Insofern geht es zentral um die Durchbrechung der Macht des Rates im politischen System der *EU* und stattdessen um die Aufwertung der Souveränität der Bürger*innen als eigentlichem Subjekt der Politikgestaltung in der *EU*. Anders formuliert: Europäische Integration der Staaten war gestern; jetzt geht es um europäische Demokratie oder eine europäische Bürgerunion, wie schon im Vertrag von Maastricht 1992 versprochen, aber nie eingelöst wurde. Und Demokratie heißt essentiell Parlamentarisierung und Gewaltenteilung. Die *EU* ist in ihrer aktuellen Verfasstheit von beidem weit entfernt.

Auf dem Titelbild, das der bekannteste deutsche Philosoph, Jürgen Habermas, für sein neuestes Buch über Europa, »The Lure of Technocracy« (vgl. Habermas 2015), gewählt hat, hängen darum zwölf Sterne an Strippen wie bei einer Marionette. Das bestehende *EU*-System ist also der Inbegriff von »post-Demokratie«, wie Colin Crouch es formuliert hat: »You can always vote, but you have no choice« (vgl. Crouch 2008). Die *EU* befindet sich also in einer Zwickmühle, einem *catch-22*: unter den gegebenen nationalstaatlichen Bedingungen kann die *EU* nicht die Lösungen hervorbringen, die sie zum Funktionieren der Währungsunion braucht, zum Beispiel eine Fiskalunion in Form einer europäischen Arbeitslosenversicherung. Aber bis zu einer europäischen Demokratie, in der gemeinsam abgestimmt wird, ist der Weg noch weit. Die *EU* steckt zwischen beiden fest. Irgendwie ist sie an ihr Ende gekommen, erschöpft und reformunfähig beziehungsweise die *Reformchen*, zu denen sie sich ohne Vertragsänderungen in der Lage sieht, bringen die Demokratie in Europa nicht wirklich voran. Augenfällig wird dies ganz konkret an der Unfähigkeit der *EU*, das *EuGH*-Urteil zum Verteilungsschlüssel in der Flüchtlingskrise gegenüber Ungarn und Polen durchzusetzen. Aber wenn die *EU* kein Recht durchsetzen kann, ist sie dann noch eine Rechtsgemeinschaft? Zentral geht es heute mehr denn je in der *EU* um die Frage: Wer entscheidet? Anders formuliert: Wer ist der Souverän? Die *EU* weiß es nicht beziehungsweise kann ihre eigenen *EuGH*-Urteile gegenüber ihren Mitgliedsstaaten nicht sanktionieren. Im Sinne von Max Weber hat sie damit nicht das legitime Gewaltmonopol. Das ist das Problem. Dem nationalstaatlichen Demokratieabbau wie etwa in Polen oder Ungarn kann sie deswegen faktisch keinen Riegel vorschieben.

*Europa und seine Bürger*innen*

Die europäische Bevölkerung weiß das. Die eine Hälfte der Bürger*innen will darum zurück in den Nationalismus; die andere Hälfte will mehr Europa, besser: ein *anderes* Europa. Ein Teil der Zivilgesellschaft, vor allem jüngere Leute, setzen sich darum mit immer mehr Leidenschaft für eine Erneuerung der alten Strukturen ein.

Damit stellt sich die Frage, was wir in diesem gleichsam hegelianischen Moment machen, in dem ein System sich erschöpft, es aber gleichzeitig keine Kraft hat sich zu reformieren, weil es in einer populistischen Schockstarre ist. Der französische Ökonom Thomas Piketty hat kürzlich in einem Interview im *Spiegel* gesagt, »Wir haben ein Monster geschaffen« (vgl. Piketty 2015). Dieses Monster, das ist ein politisches System, in dem durch den Vertrag von Maastricht 1992 Staat und Markt entkoppelt wurden, in dem Währung und Wirtschaft europäisch, Steuer- und Sozialpolitik aber im Wesentlichen nationalstaatlich entschieden werden: Staat, Industrie und Demokratie bilden heute also auf europäischer Ebene kein stabiles Dreieck, sondern hebeln einander aus. Die europäische Wirtschaft nutzt den Binnenmarkt und die gemeinsame Währung, ohne sich um Umverteilung und Demokratie zu kümmern. Kurz: Die europäische Demokratie hat keinen ökonomischen Treiber. Ähnlich formuliert es der italienische Philosoph Antonio Gramsci: »Die Zeiten, in denen das Alte noch nicht sterben kann, und das Neue noch nicht werden kann, sind die Zeiten der Monster.« (vgl. Gramsci 1999) Und genau das ist die Situation Europas, der *EU* heute: das alte Europa kann nicht sterben, das neue nicht werden: Europa ist in dem »unproduktiven Widerspruch« (Menasse 2014) verfangen, dass das politische Projekt Europa in der Hand der Nationalstaaten ist, genau diese Nationalstaaten Europa aber nicht gestalten können; oder, wie der kürzlich verstorbene Soziologe Ulrich Beck es formuliert hat: »Solange wir den Staaten die Autorität über die europäische Integration überlassen, solange kann Europa nicht werden« (vgl. Beck 2013: 33). Genauer gesagt: die zentrale Rolle des Europäischen Rates im *Governance-System* der *EU* steht europäischen Lösungen systemisch entgegen (vgl. Streeck 2013; Offe 2015; Brunkhorst 2014): europäische Lösungen funktionieren nicht, weil jeweils *nationale Interessen* geltend gemacht und favorisiert werden.

Eine ökonomische Diskussion kann und soll hier gar nicht in allen Facetten wiedergegeben werden. Wichtiger ist, was im europäischen Diskurs passiert: wir nationalisieren Fehler, wir arbeiten mit gegenseitigen Schuldzuweisungen, wir teilen Europa in Nord und Süd und wir fühlen uns eben nicht als ein *Gemeinwesen*, das – was immer auch passiert – solidarisch zusammensteht: Das ist das eigentliche Problem Europas!

Souveränität, Einheit, Demokratie

Nicht Integration, sondern Souveränität, Einheit, Demokratie waren die Schlagworte, die Emmanuel Macron in seinen beiden Europareden in Athen und an der Pariser *Sorbonne* bemühte.

Bereits 1964 hat Walter Hallstein, der erste Präsident der *Europäischen Kommission*, in seiner berühmten Rede in Rom gesagt: »Ziel Europas ist und bleibt die Überwindung der Nationen und die Organisation eines nachnationalen Europas.« (Vgl. Hallstein 1964) Heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, ist es an der Zeit, sich wieder daran zu erinnern. Europas Gründungsidee ist gleichsam auch Europas

Zukunft! Indes geht es dabei heute nicht mehr um »mehr Integration«, so wie es oft formuliert wird. Sondern es geht um ein dezidiert anderes Europa. Wir müssen aus der verquastesten diskursiven Situation herauskommen, in der über Europa und die Mitgliedstaaten immer vertikal diskutiert wird – »mehr Europa« oder »mehr Nationalstaat«, »mehr Rechte für das Europäische Parlament« oder »mehr Rechte für den Bundestag«. Denn es muss heute um eine horizontale Diskussion gehen, um die Ausgestaltung einer europäischen Demokratie jenseits von Nationalstaatlichkeit, um die Einbettung des Euros in eine transnationale Demokratie – wenn wir uns darauf einigen, dass wir den Euro nicht aufgeben, aber auch nicht mehr in *Zeiten der Monster* leben wollen. Europa ist heute wirtschafts- und währungspolitisch fast vollständig integriert. Das Problem ist, dass die politische und die soziale Integration nicht Schritt gehalten haben und asymmetrisch zur wirtschaftlichen Integration stehen. Ein Markt und eine Währung aber bedingen *eine* europäische Demokratie. Und funktional besehen ist Demokratie institutionalisierte Solidarität. Im Sinne des französischen Soziologen Marcel Mauss ist letztlich eine Nation nichts anderes als institutionalisierte Solidarität, wie er in »Die Nation oder der Sinn für das Soziale« schreibt (vgl. Mauss [1934] 2017: 37 ff.) Letztlich ringt Europa, wenn es heute bei den Vorschlägen von Emmanuel Macron um einen europäischen Finanzminister oder einen Euro- Haushalt geht, um seine institutionalisierte Solidarität, also buchstäblich um seine Nationenwerdung.

Europa und seine sozio-ökonomischen Unterschiede

Dem kommt zugute, dass sich die industrielle Leistung beziehungsweise Wachstum in Europa in nationalen Grenzen kaum noch abbilden lassen. Die eigentlichen sozio-ökonomischen Ungleichgewichte in Europa liegen nicht mehr zwischen den Nationalstaaten. Vor allem herrscht ein großes Ungleichgewicht zwischen Zentrum und Peripherie und ein großes Ungleichgewicht zwischen städtischen und ländlichen Regionen, und zwar überall in der Eurozone – auch innerhalb Deutschlands oder Frankreichs (vgl. Ballas et al. 2014). Und damit ist bereits alles gesagt: denn wir designen EU-Politiken immer noch entlang nationalstaatlicher Grenzen, die es, auch in der Industrie, in der Wertschöpfungskette, längst nicht mehr gibt und die mithin keine ökonomische Realität mehr abbilden. Innerhalb der Eurozone gibt es keine *nationalen Volkswirtschaften* mehr. Ein deutsches Auto ist nicht *deutsch*: es hat Ledersitze aus Italien, Reifen aus Frankreich oder Schrauben aus Slowenien, landet aber am Ende in der deutschen Exportstatistik. Hinzu kommt, dass Volkswirtschaften wie zum Beispiel Slowenien weitgehend von der deutschen Automobilindustrie abhängen und in diesem Sinne gar keine autonomen Volkswirtschaften sind (vgl. Pogátsa 2009). Nur bei der institutionalisierten Solidarität haben wir diesen gedanklichen Sprung in ein gemeinsames Europa noch nicht gemacht.

Wir messen national, was gar nicht mehr national zu messen ist, etwa Produktivität, Exporte et cetera. Im Grunde ist es aber Unsinn, innerhalb *eines* Wäh-

rungsraumes die Exportstatistiken auf nationaler Basis zu messen. Unterschiede zwischen Hessen und Brandenburg zum Beispiel werden auch nicht gemessen.

Euroland muss deswegen perspektivisch als aggregierte Volkswirtschaft mit einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verstanden werden, denn sonst setzen wir die Euro-Staaten – und damit ihre Bürger*innen – zueinander in Konkurrenz: Wir operieren innerhalb eines Währungsraumes und einer Wertschöpfungskette mit ungleichen Steuern, Löhnen und sozialen Rechten. Insbesondere Deutschland hat in den letzten Jahren den anderen europäischen Volkswirtschaften de facto durch Lohndumping geschadet. Entgegen des öffentlichen Diskurses, laut dem Deutschland vermeintlich für alle zahlt, sprechen die Zahlen eine ganz andere Sprache: Deutschland hat an Binnenmarkt, Euro und sogar der Eurokrise massiv verdient, allein circa 30 Milliarden zum Beispiel durch die negative Verzinsung seiner Staatsanleihen (vgl. Schieder 2014). Durch diesen nationalstaatlichen Politikansatz der EU beziehungsweise der Eurozone wird de facto die Schutzfunktion des Staates pervertiert, den dieser für seine Bürger*innen hat: Die Euro-Mitgliedstaaten befinden sich in einem *race-to-the-bottom* Wettbewerb auf dem Rücken der europäischen Bürger*innen. Staaten aber sollten eigentlich gleiche Rechte für ihre Bürger*innen garantieren. Denn Staaten obliegt eigentlich die Sorge für ihre Bürger*innen; nicht für ihre Märkte. Im Euro-System hingegen ist dies genau umgekehrt: die Euro-Staaten setzen ihre Bürger*innen zueinander in Wettbewerb, um der *nationalen* Industrie jeweils bestmögliche Bedingungen zu garantieren. Innerhalb einer nationalstaatlichen Demokratie wäre das nicht möglich: Von Rügen bis München bekommen in der Bundesrepublik trotz regionaler Unterschiede am Ende alle das gleiche Arbeitslosengeld oder Harz IV.

Der allgemeine politische Gleichheitsgrundsatz

Unterschiedliche bürgerliche und soziale Rechte in Europa, vor allem innerhalb der Eurozone, sind aber genau das Problem, das den Weg zu einem transnationalen europäischen Gemeinwesen verstellt. Es geht um Globalisierungsverlierer*innen versus Globalisierungsgewinner*innen, die in den politischen Prozessen der *Europäischen Union* indes nicht angemessen berücksichtigt werden können, weil die Unternehmen transnational tätig werden können, also Steuer- und Lohndumping innerhalb der EU betreiben können, die Arbeitnehmer*innen aber in ihren sozialen Anspruchsrechten meistens nicht transnational geschützt sind. Der Zulauf für populistische Stimmen und Strömungen ist so heute ein überwiegend ländliches Problem und zwar überall in Europa. Aus einer ländlichen, sozialen Krise wird so eine europäische Wahlkrise, und die Ergebnisse davon sieht man bei beinahe jeder Wahl, bei der Bürger*innen ländlicher Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit den populistischen Parteien ihre Stimme geben. Die ländliche soziale Krise von heute ist die europäische Krise von morgen!

Doch Strukturreformen – das ewige *buzzword* der EU – helfen da nicht, denn wo nichts ist, kann nichts reformiert werden. Von den sechs Milliarden Euro, die

2013 zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bereitgestellt wurden, sind nur circa 25 Millionen abgerufen worden, weil es in den ländlichen Regionen Südeuropas keine Infrastruktur, keinen Mittelstand, und damit auch kein duales Ausbildungssystem für junge Leute gibt. Die Erinnerung daran, dass Ökonomie in erster Linie Kultur ist und mithin etwas mit Geschichte und Geografie zu tun hat, wie der Aufklärer Montesquieu schon 1748 in seinem Hauptwerk »Vom Geist der Gesetze« (vgl. Montesquieu 2011) schrieb, fehlt in der heutigen Betrachtung der Krise vollends. Die EU sprengt ländliches Leben, anstatt dezentrale Lebenswelten zu erhalten, in denen organisches Wirtschaften möglich ist. Notwendig wäre hier eine Aktivierung der Schutzfunktion des Staates für die Bürger*innen, indem für alle Bürger*innen von *Euroland* im Grunde auf Dauer nur eins gelten kann: der Grundsatz und die Verwirklichung der allgemeinen politischen Gleichheit!

Durch Anwendung dieses Grundsatzes innerhalb der EU – beginnend mit der Eurozone – würde zur Gleichheit der Marktteilnehmer*innen im Binnenmarkt die Gleichheit der europäischen Bürger*innen addiert: Genau dies wäre der Sprung von einem Binnenmarktprojekt, das im Wesentlichen über europäisches Wettbewerbsrecht und angleichende Rechtsakte eine Integrationsdynamik entfaltet hat (vgl. Grimm 2016: 1046-1058), hin zu einem politischen Gemeinwesen, das der *Res Publica Europaea* – dem öffentlichen Wohl der europäischen Bürger*innen – verpflichtet wäre. Denn bisher gelten in der EU-Rechtsgemeinschaft von den Ölkännchen bis zur Glühlampe die gleichen Vorschriften; nur die europäischen Bürger*innen genießen keine Rechtsgleichheit. *Ius Aequum*, gleiches Recht aber ist die Grundlage jeder Demokratie. Und diejenigen, die sich in einen politischen Körper auf der Grundlage gleichen Rechts begeben, begründen eine Republik. Würden die europäischen Bürger*innen dies tun, würden sie eine Europäische Republik begründen. Das wäre der Paradigmenwechsel von den Vereinigten Staaten Europas, die auf der Integration von Nationalstaaten und ihrer Souveränität beruht, hin zu einer Europäischen Republik, bei der die Souveränität bei den Bürger*innen Europas liegt, und die in einem Europäischen Parlament – und nicht in einem opaken EU-Rat – als zentralem Organ der Meinungsfindung und Entscheidung repräsentiert werden müsste. Denn de facto ist die schon im Maas-trichter Vertrag von 1992 versprochene Bürgerunion politisch nie eingelöst worden. In der EU ist der/die Bürger*in nicht der Souverän des politischen Systems und die europäischen Bürger*innen sind nicht gleich vor dem Recht. Dies zu ändern wäre ein radikaler Neuanfang für Europa, der allein den Weg zu einer europäischen Demokratie weisen würde. Anders formuliert: Dem einen Euro und der einen IBAN-Nummer müsste perspektivisch die eine europäische Sozialversicherungsnummer für alle europäischen Bürger*innen folgen. Dann wäre im Cicero'schen Sinne *ius aequum* gegeben und eine Europäische Republik begründet, von der schon Viktor Hugo 1872 in einem Brief schrieb: »À coup sûr, cette chose immense, la République européenne, nous l'aurons.« Die europäische Solidarität wäre im Mauss'schen Sinne institutionalisiert.

Wie dahin gelangen? Von normativer Gleichheit und kultureller Vielfalt

Zunächst gilt es festzuhalten, dass die europäischen Bürger*innen einer solchen europäischen Demokratie nicht unbedingt ablehnend gegenüber stehen. Mehrheiten zum Beispiel für eine europäische Arbeitslosenversicherung sind laut einiger sozialwissenschaftlicher Studien vorhanden. Europa entsteht also nicht über die gemeinsame Identität oder den *europäischen Demos*, die immer vermisst wird, sondern über das gemeinsame Recht. Es ist die Konvergenz von Recht, die Gemeinsamkeit entstehen lässt, in diesem Fall von Wahlrecht, Steuerrecht und sozialen Anspruchsrechten. Auch der Euro war de facto nichts anderes als eine rechtlich fixierte Stichtagsregelung für monetäre Konvergenz. Rechtskonvergenz indes impliziert keine Zentralisierung, die bei einem europäischen Einigungsprozess ja immer unterstellt wird. In der Bundesrepublik zum Beispiel gibt es Harz IV für alle Bürger*innen von Rügen bis München, obgleich beide kulturell sehr unterschiedlich sind und zum andern die Bundesrepublik kein zentralistischer Staat ist.

Ein allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht (»Eine Person, eine Stimme«) für ganz Europa wäre darum der nächste wichtige Schritt, wenn es gilt, auf unserem Kontinent eine politische Einheit zu begründen, die letztlich die wirtschaftliche Einheit von Binnenmarkt und Euro erst legitimiert. Erst dann kann das *Europäische Parlament* zum Sachwalter einer europäischen Demokratie werden, die ihren Namen verdient und deren Souverän die europäischen Bürger*innen sind. Anders formuliert: Wir müssen das Erbe der Französischen Revolution europäisieren und die damals genommene Abbiegung in Richtung Nationalstaaten überwinden. Die Republik muss europäisch werden! Aus der Bundesrepublik, der République Française, der Republik Österreich, der Repubblica Italiana oder der Rzeczpospolita Polska wird eine Europäische Republik durch allgemeine und gleiche Wahlen, begründet auf dem Gleichheitsgrundsatz aller europäischen Bürger*innen.

Das allgemeine, gleiche Wahlrecht war immer schon Ausdruck einer gesellschaftlichen Modernisierung. Anstatt also auf die Nationalstaaten und ihre Regierungschefs zu schauen und darauf zu warten, dass sie Europa integrieren oder *mehr Europa* realisieren, sollten wir uns über die Forderung nach Wahlrechtsgleichheit in einen dynamischen Prozess begeben, der uns zu Europäer*innen macht und die Tür zur europäischen Demokratie öffnet.

Nun wird sofort der Einwand kommen, dass ein solcher Schritt die großen Staaten, allen voran Deutschland, gegenüber den kleinen wie Luxemburg oder Malta übervorteilt. Doch das ist genau der Punkt: *Politics tops Nation!* Stimmen denn etwa alle Deutschen gleich ab? Wir hätten endlich ein Parlament, in dem das Politische über die Nationalität gestellt wäre. Das ist zwar auch der Anspruch des *Europäischen Parlaments*. Aber dieses ist weder der Gesetzgeber der EU, noch beruht es auf Wahlrechtsgleichheit. Es ist nicht der Ort der europäischen Demokratie, eben weil es nicht in allgemeiner und gleicher Wahl gewählt ist und mithin den Souverän Europas, die europäischen Bürger*innen, nicht angemessen repräsentiert und obendrein kein Initiativrecht hat.

Gesucht wird heute also ein europäisches Hambach, das in einen europäischen Vormärz mündet. Die Stärke des Vormärz, die vom Hambacher Fest 1832 ausging, bestand in der Sammlung einer großen – damals nationalen – Bewegung, die sowohl vom Gleichheits- als auch vom Freiheitsversprechen beflügelt war. Heute müsste es eine europäische Bewegung sein. Emmanuel Macron geht für etwas Ähnliches in Vorlage: seine Bewegung »*La République en Marche*« gilt eigentlich der Schaffung einer Europäischen Republik, legt man die Zielsetzungen seiner beiden Reden von Athen vom 7. September und von Paris/*Sorbonne* am 26. September 2017 zugrunde, die auf eine volle Parlamentarisierung des europäischen Systems zielen. In beiden Reden entwickelt er maßgeblich den Begriff einer europäischen Souveränität, die auf verschiedene europäische Politikziele gerichtet ist, von der Sicherheitspolitik über eine europäische Staatsanwaltschaft bis hin zur einer Eurozone mit einer grundlegend restrukturierten Legitimität.

Wohlgemerkt geht es weder um regionale Nivellierung, noch um sozialen Egalitarismus; sondern um die perspektivische Verwirklichung des Prinzips der allgemeinen politischen Gleichheit für Europa, ohne die dauerhaft ein politisches Gemeinwesen nicht vorstellbar ist. Das heißt, ob Finne/Finnin, Ungar/in, Deutsche/r oder Franzose/Französin – ist völlig egal: solange wir uns auf gleiches Recht und vor allen Dingen den allgemeinen politischen Gleichheitsgrundsatz einigen, begründen wir als europäische Bürger*innen eine Europäische Republik jenseits von Nationen.

Utopie ist, was wir machen

Sich genau das für das heutige Europa vorzustellen, scheint für viele unvorstellbar. Es war 1870 aber auch für die deutschen Territorien des Deutschen Bundes unvorstellbar: »Eine einheitliche deutsche Sozialversicherung – nie!«, hat man damals gerufen. Und dann kam Bismarck und es ging doch. Was auf europäischer Ebene langfristig vorstellbar und durchsetzbar ist, vermag darum niemand zu sagen; im Gegenteil, die Überlegungen zu einer gemeinsamen europäischen Arbeitslosenversicherung haben in Brüssel längst begonnen (vgl. Dullien 2008).

Die gute Nachricht ist, dass die europäischen Bürger*innen den Grundsatz der politischen Gleichheit in ihrer Mehrheit schon längst akzeptiert haben. Laut einer sozialwissenschaftlichen Studie ist dieser Grundsatz – auch mit Blick auf soziale Leistungen – bei circa zwei Dritteln der europäischen Bürger*innen längst akzeptiert (vgl. Gerhards/Lengfeld 2013). Die Bevölkerung scheint hier also weiter als ihre politischen Eliten zu sein, die derzeit dem populistischen Druck hinterherlaufen. Daher bedarf es nicht der Diskussion über eine europäische Identität, die es nicht gibt und nie geben wird, sondern das europäische Mantra von der »Einheit in Vielfalt« heißt immer nur normative Einheit bei kultureller Vielfalt.

Dafür würde ein politisches System in Europa reichen, das dem Prinzip der Gewaltenteilung nach Montesquieu entspricht: eine europaweite Legislative kontrolliert eine europäische Exekutive. Ein nach gleichem Wahlrecht gewähltes Euro-

zone-Parlament würde mit vollem Legislativrecht ausgestattet. Demokratie, wie man sie kennt! Das *Europäische Parlament* müsste Gesetzesinitiativen einbringen können, also volles Initiativrecht und damit auch Budgetrecht bekommen, und das sogenannte ordentliche Gesetzgebungsverfahren, das die Zustimmung beider Kammern erfordert, müsste auf alle Politikfelder ausgedehnt werden. Die europäischen Regionen könnten einen Europäischen Senat als Zweite Kammer begründen. Dazu könnte der/die europäische Präsident*in direkt gewählt werden.

Die Europäische Republik wäre dann eine Art europäisches Netzwerk aus autonomen Regionen und Städten, über die das Dach einer Europäischen Republik gespannt wäre, das die politische Gleichheit aller Bürger*innen garantiert. Die europäischen Regionen und Metropolen als konstitutive Träger einer Europäischen Republik würden über eine transnationale Demokratie miteinander verklammert, deren wesentliche drei Pfeiler erstens ein *pro-rata* Parlament, zweitens ein Kongress mit je zwei Senator*innen pro Region/Metropole und drittens die identitätsstiftende Direktwahl eines europäischen Präsidenten wären, so wie es heute auch schon in zahlreichen Parteiprogrammen vorgeschlagen wird.

Der Charme bestünde darin, dass die zugleich großen und föderal organisierten Euro-Staaten (also vor allem Deutschland, aber auch Spanien oder Italien) in ihre autochthonen Regionen dekonstruiert würden, und damit vor allem Deutschland keine hegemoniale Machtposition im europäischen *Governance*-System mehr einnehmen könnte: 50 etwa gleichgroße Regionen in Europa (vgl. Menasse 2014) stellen ein anderes »*level-playing field*« dar, als die derzeitigen 19 Euro- beziehungsweise 28 (bald 27) EU-Staaten, in dem die drei (zu) großen EU-Mitgliedsstaaten zu Dominanz und die kleineren Mitgliedstaaten zu Blockadehaltungen neigen. Europa wäre, was es immer sein sollte: die Überwindung der Nationalstaaten. Savoyen, Alemanien, Eupen-Malmedy, Böhmen oder Elsass, Baskenland, Schottland oder Bayern, sie alle hätten ihren kulturellen Platz in einer Europäischen Republik, auch die katalanische Frage wäre *en passant* gelöst.

In diesem Zusammenhang sei abschließend darauf hingewiesen, dass die europäischen Föderalisten der ersten Stunde, die inmitten des Faschismus in den 1920er-, 1930er- und 1940er-Jahren einen konzeptionellen Vorgriff auf ein geeinigtes Europa getätigt haben, die Idee eines Europa der Regionen im Kopf hatten, ein Europa als Föderation etwa gleichgroßer, regionaler Einheiten, damit die großen Nationalstaaten nicht die kleinen dominieren. Der Schweizer und andere waren davon überzeugt, dass das neue Europa konsequent nachnational sein muss. In *small is beautiful* argumentiert der Österreicher Leopold Kohr schon 1972 überzeugend, dass nur eine Verankerung Europas im Regionalen die Lösung sein kann, unter anderem weil dies dem Montesquieu'schen (und von Hannah Arendt wiederbelebten) Konzept einer »Föderation aus kleinen Einheiten« am besten entspreche. Europa würde in beide Richtungen gewinnen: Handlungsfähigkeit in der internationalen Arena nach außen; Bürgernähe und regionale Identität nach innen.

Um keine falschen Freunde zu gewinnen: Es geht nicht darum, einem regionalen Separatismus in Europa das Wort zu reden. Weder Katalonien, noch Bayern,

Schottland oder gar Sachsen können es allein! Eine größere regionale Autonomie darf nicht auf die Schaffung verbarrikadierter Wohlstandsregionen zielen, die sich der fiskalischen europäischen Solidarität entziehen. Gemeint ist vielmehr, die Regionen als zentrale, konstitutionelle Akteur*innen der zukünftigen Europäischen Republik zu definieren und politisch aufzuwerten. So könnten neue Formen eines substantiellen regionalen Parlamentarismus möglich werden.

Die heutige *Europäische Union* ist nicht stabil. Ohne einen entscheidenden Schritt nach vorn wird sie in ihrer heutigen Form nicht zu erhalten sein. Europa braucht ein klares Ziel, eine klare Richtung und Perspektive, eine emanzipatorische Agenda, eine konkrete Idee von sich selbst. Der eine europäische Markt und die eine europäische Währung müssen um eine europäische Demokratie ergänzt werden, denn eine Währung ist schon ein Gesellschaftsvertrag. Dies wäre die entscheidende Wegmarke, um das politische System der *EU* von einer *Staatenunion*, die im Wesentlichen über einen nur indirekt legitimierten *EU-Rat* *regiert* wird, in eine wirkliche europäische Demokratie zu überführen, in der am Ende nur eines gelten kann: Die Bürger*innen sind der Souverän des politischen Systems, vor dem Recht sind sie alle gleich, das Parlament entscheidet und es gilt Gewaltenteilung. Der allgemeine politische Gleichheitsgrundsatz ist der Sockel jeder Demokratie. Es wäre die große Reformation Europas! Um diesen radikalen Neuanfang Europas zu bewerkstelligen, müssten wir uns nur an jene Definition der Nation von Theodor Schieder, einem im Übrigen konservativen Historiker erinnern, der bereits 1963 bemerkt hat: »Nation, das heißt in erster Linie Staatsbürgergemeinschaft und Sprache, Ethnie oder Kultur.« So gesehen stehen wir – vielleicht oder hoffentlich – kurz vor der Nationalwerdung Europas im Sinne einer Europäischen Republik!

Literatur

- Ballas, Dimitris / Dorling, Daniel / Hennig, Benjamin (2014): *The social atlas of Europe*. Bristol, UK: Polity Press
- Beck, Ulrich / Livingstone, Rodney (2013): *German Europe*, Engl. ed. Cambridge: Polity Press
- Blom, Philipp (2009): *Der taumelnde Kontinent: Europa 1900–1914*, München: Hanser
- Brunkhorst, Hauke (2014): *Das doppelte Gesicht Europas: zwischen Kapitalismus und Demokratie*. Berlin: Suhrkamp (Erste Auflage, Originalausgabe)
- Collignon, Stefan (2017): *The Governance of European Public Goods: Towards a Republican Paradigm of European Integration*, Springer. Google-Books-ID: MFL_DwAAQBAJ
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Dullien: o. A. (o. J.): 2008_S01_dullien_ks.pdf. Text abrufbar unter www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2008_S01_dullien_ks.pdf (Zugriff am 18.12.2017)
- Foa, Roberto Stefan / Mounk, Yascha (2017): »The signs of deconsolidation«, in: *Journal of Democracy*, 28 (1), 5–15
- Gerhards, Jürgen / Lengfeld, Holger (2013): *Wir, ein europäisches Volk? Sozialintegration Europas und die Idee der Gleichheit aller europäischen Bürger*, Wiesbaden: Springer VS
- Gramsci, Antonio (1994): *Gefängnishefte: kritische Gesamtausgabe auf Grundlage der [...] Edition von Valentino Gerratana*. Bd. 6: Hefte 10 und 11, Hamburg: Argument-Verlag

- Grimm, Dieter (2016): *Europa ja – aber welches? Zur Verfassung der europäischen Demokratie*, München: C. H. Beck (2. Auflage)
- Habermas, Jürgen (2015): *The Lure of Technocracy*, Malden, MA: Polity
- Heyer, Julia Amalia/Pauly, Christoph (2015): »Thomas Piketty on the Euro Zone: ›We Have Created a Monster««, in: *Spiegel Online*, 10. März 2015 (siehe unter www.spiegel.de/international/europe/thomas-piketty-interview-about-the-european-financial-crisis-a-1022629.html) (letzter Zugriff am 18.12.2017)
- Krästev, Ivan (2017): *After Europe*. Philadelphia, Pennsylvania: University of Pennsylvania Press
- Mauss, Marcel/Honneth, Axel (2017): *Die Nation oder der Sinn fürs Soziale*, Frankfurt/New York: Campus
- Ménasse, Robert (2014): *Der Europäische Landbote: die Wut der Bürger und der Friede Europas oder Warum die geschenkte Demokratie einer erkämpften weichen muss*, Wien: Zsolnay
- Montesquieu, Charles Louis de Secondat/Weigand, Kurt (2011): *Vom Geist der Gesetze*, Stuttgart: Reclam (bibliogr. erg. Ausg.)
- Offe, Claus (2015): *Europe entrapped*, Cambridge, Malden, MA: Polity
- Piketty, Thomas (2015): *Die Schlacht um den Euro: Interventionen*. Originalausgabe, München: C. H. Beck
- Pogátsa, Zoltán (2009): *Álomunió: európai piac állam nélkül: tud-e az Európai Unió több lenni, mint piac?: tudja-e Magyarország, hogy miért lépett be?*, Budapest: Nyitott Könyvműhely
- Ranke, Leopold von (1971): *Über die Epochen der neueren Geschichte: historisch-kritische Ausgabe*, München: Oldenbourg
- Schieder, Siegfried (2014): »Zwischen Führungsanspruch und Wirklichkeit: Deutschlands Rolle in der Eurozone«, in: *Leviathan*, DOI (www.nomos-elibrary.de/10.5771/0340-0425-2014-3-363) (Zugriff am 17.3.2018)
- Schieder, Theodor (1964): *Der Nationalstaat in Europa als historisches Phänomen*: [Jahresfeier am 8. Mai 1963 in Düsseldorf], Köln: Westdeutscher Verlag
- Streeck, Wolfgang (2015): *Gekaufte Zeit: die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus: Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012*, Berlin: Suhrkamp (Erweiterte Ausgabe, erste Auflage)
- Theweleit, Klaus (1977): *Männerphantasien*. Frankfurt am Main: Verlag Roter Stern (1.–20. Tsd.)